NEUE HORIZONTE e.V.
mitdenken | mitreden | mitgestalten

## Vor Ort. Nah bei den Menschen.

(Stand: 05.06.2025)

**10 Jahre Begegnungssstätte AnziehBar**
(Rathausstr. 7, 52459 Inden / 2015 – 2025)

**Ihr/e Ansprechpartner/in:**
Reiner Lövenich
rloevenich@neue-horizonte-ev.de
Fon: 0151 51 820 730 (SIGNAL)

**Datum:** 04. Juni 2025

**Bilanz von 10 Jahren Begleitung und Unterstützung geflüchteter Menschen vor Ort.**
(Quelle: Nahe bei den Menschen / Migrant*innen-Organisationen ziehen Bilanz / 2025 transcript)
(http://www.samofa.de/)

Eine Auswahl der Ergebnisse des Buches, die sehr gut unsere Erfahrungen, bis hin zur aktuellen Situation im Frühling 2025, hier in 52459 Inden, beschreiben.

Teil 2: KOMMUNE

### Freiwillige: Widersprüche (Kommunen)

Inanspruchnahme von ehrenamtlichen Personen für staatliche Dienstleistungen mit Abqualifizierung und Entprofessionalisierung in wichtigen Feldern, so z.B. beim Dolmetschen. Bürgerschaftliches Engagement ist für den Staat schon lange ein wichtiges Standbein.

Erforderlich ist eine kritische Auseinandersetzung über Bedeutung und Ambivalenzen ehrenamtlichen Engagement. Hierbei geht es nicht nur um die Verschiebung grundlegend sozialstaatlicher Aufgaben zu ehrenamtlichem Engagement, sondern vor allem auch um Überlastungsrisiken Ehrenamtlich Aktiver und der Ermüdung von Engagement, vor allem, wenn Geflüchteten-Arbeit als Daueraufgabe ernstgenommen wird.

Widerspruch 1: den gewachsenen Erwartungen an Freiwilligen-Organisationen deren Ressourcenausstattung nicht entspricht.
Widerspruch 2: werden Freiwillige mehr in Anspruch genommen, spielen aber in den entscheidungsrelevanten Netzwerken kaum eine Rolle.

Die stabile Zusammenarbeit mit der Kommune benötigt ständig Impulse von Seiten der Freiwilligen-Organisation, weil sie sonst aus dem Blick gerät. Die Kooperation ist immer noch nicht selbstverständlich geworden, sondern muss stets erneut erinnert und angefordert werden.

„Auch Freiwilligen-Organisationen sind Vorzeigepartner und Lückenfüller in der kommunalen Integrationsarbeit, doch für einen wirklichen Einfluss und eine nachhaltige Struktur müssen Freiwilligen-Organisationen kämpfen.“

Ehrenamtliche Organisationen erreichen auf der Steuerungsebene (Politik, Verwaltung) und bei der Ressourcenverteilung immer noch keine Augenhöhe. Ehrenamtliches Engagement wird oft zum Ausgleich bei Defiziten und Lücken sozialstaatlicher Dienstleistungen genutzt. Augenhöhe, insbesondere mit den kommunalen Spitzen, ist erforderlich.

Ehrenamtliche Organisationen sind keine Lückenbüßer für ausbleibende oder ungenügende Leistungen, die die hierfür vorhandenen zuständigen und verantwortlichen „Systeme“ erbringen müssten. Dort wo Menschen mit Migrationsgeschichte / Ehrenamtliche als „Professionelle“ tätig sind, müssen sie auch entsprechend anerkannt und vergütet werden.

Das Gewicht der Flüchtlingsorganisationen in der lokal kommunalen Flüchtlingsarbeit ist allerdings im Großen und Ganzen immer noch nicht so entwickelt, wie es sein müsste. „Hauptdefizit: Die mangelnde Wahrnehmung und die mangelnde Einbindung in die Arbeit der Verwaltung und der Politik.“ Ehrenamtliche Organisationen werden oft zwar als Impulsgeber, aber nicht als Mitgestalter behandelt.

Würde das Engagement von Ehrenamtlichen dramatisch zurückgehen, hätte dies negative Auswirkungen für Integration und Teilhabe der Geflüchteten auf ihrem langen Weg in einen normalen Alltag. Denn es würden die Lotsen für diesen Alltag fehlen, die notwendige Stadteilorientierung könnte sich nicht auf die erforderliche Anzahl von Aktiven stützen und insbesondere das dringende Bedürfnis nach sicheren Begegnungsräumen könnte nach Umfang und Qualität nicht befriedigt werden.

## Flüchtlingsarbeit: Daueraufgabe (der Kommune)

Die Flüchtlings- und Migrationsarbeit ist eine dauerhafte kommunale Aufgabe, die eine intensive Auseinandersetzung mit der Einwanderungs- und Asylpolitik erfordert. Stabile Strukturen sind notwendig, um den kontinuierlichen Migrationsbewegungen gerecht zu werden.

Flüchtlingsarbeit, nach dem Übergang vom Sondermodus auf den Alltagsmodus, ist eine Daueraufgabe, die vor Ort konzipiert werden muss. Die vor Ort zu bewältigenden Herausforderungen nehmen in den nächsten Jahren nicht ab, sondern sie nehmen bei gleichzeitiger Verlagerung ihrer Schwerpunkte zu. Die globalisierte Welt erzeugt stets Migrationsbewegungen; es wäre kurzsichtig zu glauben, dies wäre durch Maßnahmen der Schließung von Fluchtkorridoren etc. abzuwenden; abgesehen davon, dass es auch demographische Gründe für eine positive Haltung zur Einwanderung gibt. Es sind also stabile, belastbare und für alle Beteiligten mach- und lebbare Strukturen aufzubauen.

Dominierten im kommunalen Alltag zunächst Unterbringung, elementare Versorgung und Schutz und die Sicherung des Zugangs zu vorschulischer und schulischer Bildung einschließlich der Sprachbildung. Nun muss verstärkt die Aufgabe einer wirksamen Integration und Teilhabe jener Geflüchteten in Angriff genommen werden, die am Ort für längere Zeit oder dauerhaft verbleiben werden.

Es ist also angeraten, basale lokale Unterstützungsstrukturen auf Dauer zu stellen, die auch in einem breiten bürgerschaftlichen Engagement (Stichwort: Arbeitsteilung und Kooperation) verankert sind.

Drei zentrale Aufgaben: Konsolidierung, Nachhaltigkeit und Tranfer.
Es geht darum, diese drei Aufgabenfelder dadurch zu verknüpfen, dass die Voraussetzungen, Bedingungen und praktischen Vorkehrungen für eine dauerhafte Stabilität des Engagements von Ehrenamtlichen Organisationen in der lokalen Flüchtlingsarbeit ins Zentrum gerückt wird.

Herausforderung, dass ein erheblicher Teil der Geflüchteten für eine längere Zeit oder sogar für immer bleiben würde, einschließlich des dann folgenden, aber politisch stark verzögerten Familiennachzugs. Es geht also darum, dies in das kommunale Handeln mit Blick auf die nächsten Jahre und darüber hinaus „einzupflegen". D.h. in Hinblick auf Wohnen, Bildung, Gesundheit und schließlich auch Arbeitsmarkt die bisherigen Planungen und Prognosen zu korrigieren, was auch in den kommunalen Haushalten seinen Niederschlag finden muss.

Begleitend und in Verbindung mit dem fortschreitenden Prozess einer zunächst stark auf basale Bedürfnisse und Vorkehrungen gerichteten „Aufnahme" musste ein Integrations- oder besser Teilhabeprozess gestaltet werden, der den sozialen Zusammenhalt in der Kommune nicht gefährdet, sondern befördert.

Herausforderungen bestehen vor allem darin,

- Unterstützung für den immer noch schwierigen neuen Alltag bereithalten,
- provisorische Lösungen, z.B. bei der Unterkunft, in stabile zu überführen,
- Teilhabe zu fördern,
- Spannungen und Konflikte in der Kommune von Rassismus und Diskriminierung freizuhalten
- und zugleich für weitere neue Ankünfte von Geflüchteten vorbereitet zu sein.

Die Verhältnisse auf der Welt sind so, dass es stets Menschen auf der Flucht gibt und stets Menschen, die in Deutschland Schutz und neue Perspektiven suchen. Ein lokales Unterstützungssystem muss also darauf ausgerichtet sein, dass zu einem gegebenen Zeitpunkt Menschen in unterschiedlichen Phasen ihres Ankommens zugleich „vor Ort" sind. Es muss also für die Anforderungen jeder Ankommensphase zu jeder Zeit Vorsorge getroffen sein.

Einige Kommunen haben bereits Programme für das Auszugsmanagement und zentrale Anlaufstellen etabliert, um die Betreuung nach dem Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften zu gewährleisten. Solche Initiativen sollten weiter ausgebaut werden. Kommunen sollten Konzepte zur Folgeunterbringung entwickeln, um die massenhafte Unterbringung in Übergangseinrichtungen zu ersetzen. Dies trägt zum sozialen Zusammenhalt in der Kommune bei.

## Freiwillige: Hinweise auf ein sich wandelndes gesellschaftliches Klima.

Die Arbeit wird auf das Machbare reduziert. Tatsächlich geht nicht das Engagement zurück, sondern es wird ausgebremst, weil die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Engagement immer komplexer und abweisender werden.
Das Engagement wird schwieriger und aufwendiger, aber zugleich auch nachhaltiger. Dass weniger in Bewegung gerät, weniger Erfolge zu verzeichnen sind, hat, was die Zivilgesellschaft betrifft, nichts mit der Rückkehr zum alten Paradigma zu tun, sondern mit einem Wiedererstarken jener eigentlich überwunden geglaubten migration policy.

Hier ist nicht die Stimmung gekippt, sondern die migration policy passt sich an, stellt sich auf den Wandel der Verhältnisse ein und errichtet neue Barrieren. Man kann genauer gesehen eher von einer Polarisierung sprechen, weil sich auf der einen Seite die Zivilgesellschaft stabilisiert und sich auf der anderen Seite, unter dem Eindruck der AfD und anderer, Gruppierungen bilden, die weiter der alten Linie folgen.
Damit sind auch Hinweise auf ein sich wandelndes gesellschaftliches Klima gegeben; eine Tendenz, die sich stark fortsetzt.

Im migrationspolitisch kritischen Diskurs wird durchgängig auf das wachsende Spannungsverhältnis zwischen den Politiken zur Asyl- und zur Arbeitskräfteeinwanderung verwiesen. Während versucht wird, mit einer Verstärkung restriktiver Maßnahmen Asylzuwanderung zu begrenzen, wächst der Bedarf an Arbeitskräfteeinwanderung.

Freiwillige: Einer durchaus vorhandenen Engagement-Bereitschaft stehen vor allem bei öffentlichen Auftritten die Angst, Gesicht und Stimme zu zeigen gegenüber.

Man kommt zum Beispiel immer weiter vom einst sehr verbreiteten defizitorientierten Ansatz ab, der in den Zuwanderern in erster Linie Problemfälle sieht. Alle Kommunen, die in der Integrationspolitik erfolgreich sind, haben in den letzten Jahren den Perspektivenwechsel vollzogen: **Sie begreifen die Migranten mit ihren unterschiedlichen Potentialen als einen Gewinn und als eine Chance für das gesamte Gemeinwesen.**